

An Herrn
Konrad Stockmeier
Bundestagsabgeordneter der FDP
Traiteurstr. 40
68165 Mannheim

CETA nicht ratifizieren

Sehr geehrter Herr Stockmeier,

CETA, der Freihandelsvertrag zwischen EU und Kanada, ist jetzt im Ratifizierungsverfahren. Die Koalition hatte sich Ende Juni auf einen Kompromiss geeinigt, um CETA durch eine verbindliche Zusatzvereinbarung zu entschärfen, was sich jedoch als rechtlich nicht durchsetzbar erweist. Die neue Interpretationserklärung dagegen ändert nichts Substantielles an CETA. Daraufhin gibt es nun den Vorschlag aus der SPD, gar nicht mehr auf den Zusatz zu warten, sondern ohne einen Zusatz noch Ende Oktober/Anfang November zu ratifizieren – zusätzlich Wortbruch gegen die Koalitionsvereinbarung und der versprochenen Beteiligung der Zivilgesellschaft!

Die ursprünglichen Bedenken der Zivilgesellschaft von 2015 und 2016 bestehen also nach wie vor:

- Die Schaffung von exklusiven Sonderklagerechten und eines Investorschiedsgerichtshofes ist hochproblematisch für unseren Rechtsstaat und nicht nötig zwischen Staaten mit entwickelten Rechtssystemen (Stellungnahme des deutschen Richterbundes auf Anfrage der EU-Kommission, Drucksache 21/17, November 2017, <https://www.drb.de/positionen/stellungnahmen/stellungnahme/news/2117/>)
- Nennenswertes Wirtschaftswachstum wird nicht geschaffen (siehe z.B. Aussage des Präsidenten des BDI in öffentlicher Anhörung Dez.2020, Trade Sustainable Impact Assessment im Auftrag der EU-Kommission, Final Report June 2011, MPRA Paper No. 28812, https://mpr.a.ub.uni-muenchen.de/28812/1/MPRA_paper_28812.pdf)
- Nur private Profitinteressen sind einklagbar, Klima- und Umweltschutz, Arbeitnehmerrechte, Menschenrechte und Gemeinwohlinteressen aber nicht.
- Eine Ratifizierung ist faktisch endgültig, nicht rücknehmbar oder modifizierbar. Bessere Standards erst in neuen Verträgen einzuführen ist sinnlos, da dann trotzdem nach CETA-Regeln geklagt werden kann.

Die Ratifizierung von CETA birgt erhebliche Risiken für unsere Gesellschaft:

Der Rechtsstaat erodiert, wenn private Profitinteressen unverrückbar über Gemeinwohlinteressen stehen. Regierungen, Behörden, Kommunen sind stark gefährdet in den Möglichkeiten, dringend benötigte Maßnahmen umzusetzen, z.B. im Fall einer Pandemie <https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/die-pandemie-profiteure-4454/> oder einer Dürre.

Die Klimaziele von Paris sind nicht durchsetzbar, das Abkommen ist im Vertrag nicht einmal erwähnt. Die Demokratie wird ausgehebelt, Politik und Bevölkerung verlieren Mitsprache und Gestaltungsmöglichkeit in grundlegenden Belangen wie Klimaschutz, Gesundheit und öffentlicher Daseinsvorsorge, aber auch Kultur und Bildung. Die Steuerzahler werden einem hohen Risiko ausgesetzt: Deutschland bezahlt bereits Milliarden von Euro wegen des Energiecharta-Vertrages, der die gleichen Klagerechte wie CETA enthält.

Angesichts dieser Tatsachen bitten wir Sie, im Interesse unserer Gesellschaft, auch der zukünftigen Generationen: Stimmen Sie der Ratifizierung von CETA nicht zu. Die vorläufige Anwendung erlaubt bereits die - Versorgung mit Rohstoffen aus Kanada und eine Freundschaft wird durch die Möglichkeit, milliardenschwere Prozesse zu führen, nicht erhöht, sondern verringert.

Die klimapolitische und demokratische Neuausrichtung aller Handelsverträge muss CETA einschließen. Wir brauchen die Zeit und die Gelegenheit für eine offene Diskussion mit der Zivilgesellschaft und allen anderen Betroffenen, wie Behörden und sozialen Einrichtungen angesichts der hohen Risiken für unsere Gesellschaft. Diese muss auf Basis von wissenschaftlichen Argumenten geschehen und offen und transparent geführt werden. Wir bitten Sie, sich auch dafür einzusetzen und würden es begrüßen, wenn Sie Teil dieser Diskussion wären.

Mit freundlichen Grüßen